
Umbenennung des Bahlsen-Hörsaals

Der Studentische Rat möge beschließen:

Wir fordern die verantwortlichen Stellen der Leibniz Universität dazu auf, den Hörsaal F303 (Gebäude 1101) von „Bahlsensaal“ mit sofortiger Wirkung in „Elzbieta-Adamska-Hörsaal“ umzubenennen.

Sowohl der Schriftzug „Bahlsen Hörsaal“ über dem Eingang als auch die Beschriftung „Bahlsensaal“ neben dem Eingang werden unverzüglich entfernt und mit dem neuen Namen ersetzt. Ebenso erfolgt die Umbenennung auf allen anderen Veröffentlichungen der Universität (QIS, Online-Standortfinder, etc.).

Zusätzlich wird neben dem Eingang eine Infotafel angebracht, welche über das Schicksal von Elzbieta Adamska und allgemein über die Opfer der NS-Zeit speziell an der Universität Hannover (damals Studierende/Professor*innen/Beschäftigte) informiert.

Begründung:

Im Anschluss an einen Vortrag auf der Marketing-Konferenz „OMR“ hat vor Kurzem die Erbin und Miteigentümerin des Bahlsen-Konzerns, Verena Bahlsen in einem Interview mit der Bild-Zeitung und in den sozialen Medien die Verantwortung des Unternehmens für die Ausbeutung von Zwangsarbeiter*innen während der Zeit des Nationalsozialismus stark relativiert. Laut ihrer Aussagen habe man in ihrem Unternehmen *„Zwangsarbeiter genauso bezahlt wie die Deutschen“*. Auch seien Zwangsarbeiter*innen *„gut behandelt“* worden. Zu noch ausstehenden Entschädigungen erklärte sie: *„Das Gericht hat die Klagen abgewiesen. Heute liegen keine Forderungen mehr gegen Bahlsen vor. Bahlsen hat sich nichts zuschulden kommen lassen.“*

Bahlsen galt im Zweiten Weltkrieg als "kriegswichtiger Betrieb" und produzierte im hannoverschen Stadtteil List unter anderem Notverpflegungen für deutsche Soldaten. Zwischen 1941 und 1945 mussten nach jüngsten Recherchen etwa 2500 Zwangsarbeiter*innen, vorwiegend Frauen aus dem besetzten Polen und der Ukraine,

**Antrag an den 15. Studentischen Rat,
Hannover den 22. Mai 2019**

DIE LINKE.SDS Hannover
Goseriede 8
30159 Hannover

kontakt@sds-hannover.de

DIE LINKE
SDS
HANNOVER

in den Bahlsenwerken arbeiten. Diese Menschen wurden gewaltsam von den Nazis aus ihrer Heimat entführt und anschließend zur Zwangsarbeit versklavt. Vom ausgezahlten Lohn war ein großer Teil für Verpflegung und Unterbringung eingezogen worden. Sie waren in Barackenlagern hinter Stacheldraht untergebracht, wo sie der Willkür und Gewalt der Wachmannschaften schutzlos ausgeliefert waren. Im Jahr 2000 wurde eine Entschädigungsklage von 60 Menschen gegen Bahlsen tatsächlich abgewiesen – allerdings mit der einzigen Begründung der Richter*innen, dass die Ansprüche „verjährt“ seien. Außerdem wurde bekannt, dass auch eine Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmen Bahlsen und der SS höchst wahrscheinlich stattgefunden hat.

Wenn Frau Bahlsen nun davon spricht, dass *„Bahlsen sich nichts zuschulden kommen lassen hat“*, *„Zwangsarbeiter genauso wie die Deutschen bezahlt“* und *„gut behandelt“* wurden, ist das nicht nur eine enorme Relativierung und Verharmlosung der NS-Verbrechen und der Rolle des Unternehmens Bahlsen während der NS-Zeit, sondern zudem eine völlige Missachtung und Verhöhnung der Opfer und ihrer Familien.

Es ist daher untragbar, dass ein Hörsaal weiterhin den Namen „Bahlsen“ trägt. Mit der Umbenennung wird verdeutlicht, dass wir keinerlei Relativierung der Nazi-Verbrechen dulden. Dagegen wird durch den neuen Namen und einer Infotafel über das Schicksal von Elzbieta Adamska (siehe Anhang 3) und durch ihr Schicksal stellvertretend an weitere Opfer des Nationalsozialismus - insbesondere ehemalige Angehörige unserer Universität – erinnert.

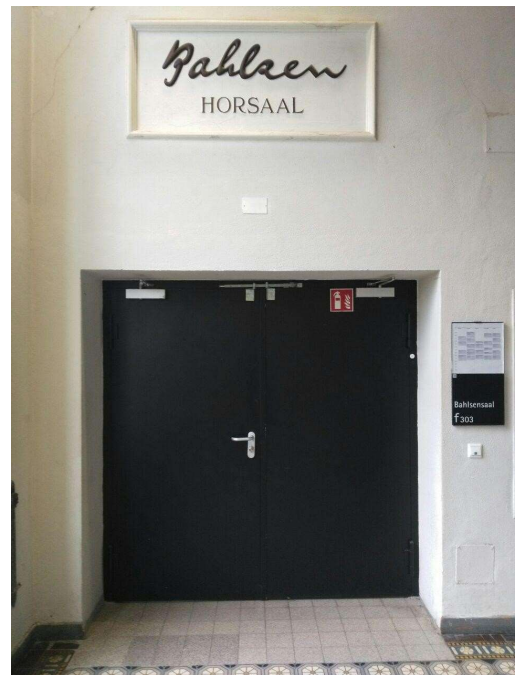
**Antrag an den 15. Studentischen Rat,
Hannover den 22. Mai 2019**

DIE LINKE.SDS Hannover
Goseriede 8
30159 Hannover

kontakt@sds-hannover.de

DIE LINKE
SDS
HANNOVER

**Anhang 1:
Eingang Raum F303, Gebäude 1101**



Anhang 2: Quellen

Vortrag von Verena Bahlsen auf Marketing-Konferenz „OMR“

(„Ich bin Kapitalist. [...] Mir gehört ein Viertel von Bahlsen, da freu ich mich auch drüber [...] Ich will Geld verdienen und mir Segelyachten kaufen von meiner Dividende und so was...“)

<https://www.youtube.com/watch?v=b1t0s1BL9fc&t=5433s>

BILD

<https://www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/zwangsarbeiter-zoff-um-keks-erbin-verena-bahlsen-61859050.bild.html>

NDR

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Zwangsarbeit-bei-Bahlsen-Scharfe-Kritik-an-Erbin,bahlsen220.html

Spiegel Online

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/verena-bahlsen-fragwuerdiger-umgang-mit-der-firmenvergangenheit-a-1267253.html>

Neues Deutschland

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1118785.nationalsozialismus-verena-erzaehlt-vom-krieg-so-falsch-wie-alle-anderen-auch.html?sstr=bahlsen>

DIE LINKE.SDS Hannover
Goseriede 8
30159 Hannover

kontakt@sds-hannover.de

Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 22.05.2019:

Mittwoch, 22. Mai 2019

HANNOVER

Hannoversche Allgemeine Zeitung 17

„Das körperlich beste Material“

In der NS-Zeit beschäftigte Bahlsen mehr Zwangsarbeiter als bisher bekannt. Historiker gehen von bis zu 2500 Menschen aus. Außerdem kooperierte das Unternehmen bei der Produktion einer Fruchtpaste mit Aufputzmitteln mit der SS.

Von Simon Benne

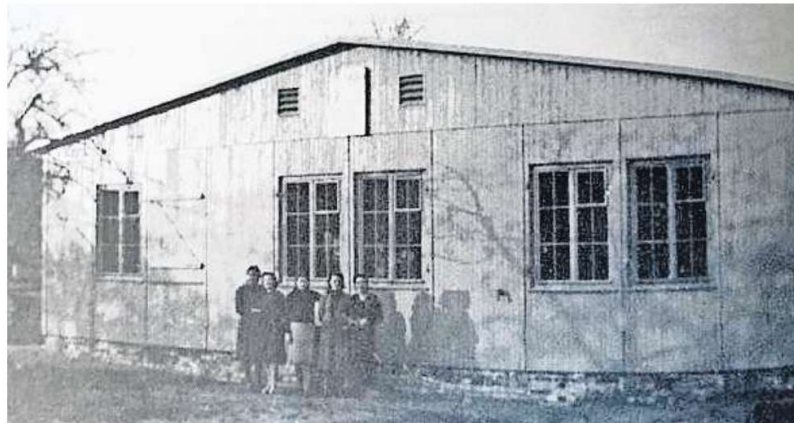
Über die Ukrainerinnen konnte er nichts Schlechtes sagen. „Der Transport zum Barackenlager fand vollständig ruhig und diszipliniert statt“, notierte Werner Bahlsen im Jahr 1942. Die Frauen aus Kiew verhielten sich in Hannover ganz anders als die polnischen Arbeitskräfte, die „vor Aufregung und Depression kaum beieinanderzuhalten waren“. Der Amtsarzt, so hielt der 1985 verstorbene Firmenchef Werner Bahlsen fest, habe die Ukrainerinnen als „das körperlich beste Material, das ihm je an Ausländern zur Untersuchung vorgeführt wurde“ bezeichnet.

Firmenerbin Verena Bahlsen hatte in der vergangenen Woche einen Sturm der Entrüstung entfacht, als sie behauptete, im Betrieb ihrer Familie seien NS-Zwangsarbeiter „gut behandelt“ und nicht schlechter bezahlt worden als Deutsche. Aus historischen Dokumenten, die der HAZ vorliegen, geht hervor, dass ihr Großvater Werner da anderer Ansicht war. In einem Schreiben prangerte er selbst die schlechten Lebensbedingungen der Deportierten an. Dabei führte er keine humanitären Argumente an. Vielmehr fürchtete er „passiven Widerstand“ der Ukrainerinnen in den Bahlsen-Werken in Hannover und Kiew.

Bis zu 2500 Zwangsarbeiter

Nach Angaben von Bahlsen beschäftigte die Keksfabrik während des Krieges rund 200 Zwangsarbeiter aus Osteuropa. Nach Einschätzung des Historikers Christian-Alexander Wäldner, der sich intensiv mit Zwangsarbeit in Hannover beschäftigt hat, dürfe die wirkliche Zahl jedoch weit höher liegen. Der Geschichtswissenschaftler schätzt, dass bis zu 2500 Arbeiterinnen für Bahlsen schuften mussten, wenn man jene 1500 mitrechnet, die in der Keks-, Bonbon- und Schokoladenfabrik in Kiew tätig waren, die Bahlsen im Krieg „treuhänderisch“ übernahm. Im Stadtgebiet von Hannover kamen während des Krieges laut Wäldner mindestens 100000 Zwangsarbeiter zum Einsatz. „Es gab fast keinen Betrieb ohne Zwangsarbeiter – und nach 1945 fast keinen Betrieb, in dem dies nicht verdrängt worden wäre“, sagt er.

Zahlreiche Ukrainerinnen aus dem Bahlsen-Werk in Kiew wurden 1942 nach Deutschland verfrachtet – offenbar im Beisein von Werner Bahlsen. „Von diesen Arbeitskräften haben wir 74 ausgesucht und nach Hannover gesandt“, schrieb er – und deutete in seinen Formulierungen selbst die Wahrheit an: „Zum größten Teil sind die Ukrainerinnen gern abgefahren“, konstatierte er. Dies habe auch daran gelegen, dass durch „geschickte Propaganda der Wunsch hervorgerufen



„Zum größten Teil sind die Ukrainerinnen gern abgefahren“: Zwangsarbeiterinnen bei Bahlsen während des Krieges.

FOTO: PHL

Zwangsarbeiter in Deutschland

Mehrere Millionen Menschen wurden im Deutschland der NS-Zeit zur Zwangsarbeit herangezogen. Unter anderem wurden seit Januar 1942 gegen ihren Willen Ostarbeiter mit Zügen ins Deutsche Reich geschafft, um die Kriegswirtschaft zu stabilisieren und den Mangel auszugleichen, der durch den Fronteinsatz deutscher Arbeitskräfte ausgelöst wurde. Insbesondere Zwangsarbeiter, die nach der NS-Ideologie als slawische Unternehmungen galten, waren völlig entrechtet – auch wenn sie im Einzelfall anständig behandelt wurden.

Erst um die Jahrtausendwende, als ehemalige Zwangsarbeiter in den USA gegen deutsche Firmen klagten, wurde die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft eingerichtet, in die Bund und Wirtschaft jeweils rund 5,1 Milliarden Euro einzahlten. Bis 2007 wurden 1,66 Millionen Zwangsarbeiter mit Summen von bis zu 7500 Euro entschädigt. Bahlsen zahlte rund 1,5 Millionen Mark für die Entschädigung von Zwangsarbeitern.



„Der Transport zum Barackenlager fand vollständig ruhig und diszipliniert statt“: Der 1985 verstorbene Werner Bahlsen.

FOTO: GERHARD STOLETZKI



Produktion bei Bahlsen: Wann dieses Foto von der Verpackung am Fließband entstand, ist unbekannt.

FOTO: HAZ-ARCHIV

„Nur Abfallblätter vom Gemüse“

Das Werk in Kiew, das heute zum Roshen-Konzern des früheren Präsidenten Petro Poroschenko gehört, soll im Krieg einem regelrechten Rautzug der Bahlens zum Opfer gefallen sein. Das Unternehmen ließ dort die Produktionsanlagen deportieren und die Fabrik teils zerstören. Das „Handelsblatt“ beziffert den Schaden auf einen heutigen Wert von rund 600 Millionen Euro. In Hannover machte sich Werner Bahlsen selbst ein Bild von der Lage der Zwangsarbeiterinnen aus Kiew. Er besuchte sie einige Tage nach ihrer Ankunft im Lager – und fand sie enttäuscht vor. Ausgang hatten

sie nur in geschlossenen Gruppen unter Führung eines Deutschen. Sie würden schlechtere Verpflegung als die polnischen Arbeiterinnen bekommen; teils gebe man ihnen „nur Abfallblätter vom Gemüse“. Aus Furcht vor Sabotageakten habe die Gestapo sogar verboten, ihnen Messer zum Streichen von Wurstbrot zu geben, daher mussten sich die Frauen mit Nagelreingern die Brote schmieren. Von Gleichbehandlung mit Deutschen könne keine Rede sein, bemerkte der Firmenchef: „Wenn man die Propaganda kennt, die besonders in der Ukraine immer wieder einhämmert, dass die nach Deutschland gehenden Arbeiter und Arbeiterinnen es sehr gut haben und mit deutschen Arbeitern auf die gleiche Stufe in Bezug auf

Bezahlung und Ernährung gestellt werden, so kann man sich vorstellen, welche Enttäuschung jetzt diese arbeitswilligen und ordentlichen Mädchen erfasst haben muss.“

Fruchtpaste für die SS

Aus wirtschaftlichen Gründen, um den „Arbeitseifer“ der Ukrainerinnen zu erhalten, drängte Werner Bahlsen bei den NS-Behörden darauf, deren Lage zu verbessern: „Wir beantragen nicht, dass die ukrainischen Arbeitskräfte die Rechte der Deutschen und auch deren Bezahlung haben sollen, sondern wir beantragen, dass sie nur dieselben Rechte und Pflichten wie die Polen bekommen.“

Als Reaktion auf die von Verena Bahlsen entfachte Debatte hat das

Unternehmen den unabhängigen Historiker Manfred Gieger damit beauftragt, die Firmengeschichte aufzuarbeiten. Bereits jetzt gibt es Indizien dafür, dass Bahlsen mit der SS kooperierte. Nach einem internen Schreiben der SS soll sogar Reichsführer-SS Heinrich Himmler über die Zusammenarbeit informiert gewesen sein. Demnach verhandelte Hans Bahlsen, der Bruder von Werner Bahlsen, mit der SS darüber, eine Fruchtpaste für „angestrenzte Soldaten“ zu produzieren. Nach Plänen der SS sollte diese mit „einer genau errechneten Menge von Funktionaltropfen“ vermischt sein, um die Männer „frischer“ zu machen – offenbar ein Aufputzmittel. Mit Hans Bahlsen wurde besprochen, dass die Kochversuche in Hannover stattfinden sollten. Ob

Es gab fast keinen Betrieb ohne Zwangsarbeiter – und nach 1945 fast keinen Betrieb, in dem dies nicht verdrängt worden wäre.

Christian-Alexander Wäldner, Historiker

die Paste produziert wurde und zum Einsatz kam, ist unklar.

In den vergangenen Jahren war die Bereitschaft der Bahlens, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, nicht sonderlich groß. Im Jahr 2014, so berichtet Edgar Ojemann vom Förderverein Gedenkstätte Ahlem, habe er bei Bahlsen eine DVD des Dokumentarfilms „Ausgebüht bis zum Umfallen“ abgegeben, in dem die Filmemacher Hans-Jürgen und Shaun Hermel auch Zwangsarbeit bei Bahlsen behandeln. Sein Schreiben sei an Werner M. Bahlsen persönlich adressiert gewesen. Er habe geantwortet, mit Bahlens Hilfe vielleicht noch lebende Zwangsarbeiterinnen nach Hannover einladen zu können, sagt Ojemann. „Die DVD kam aber meiner knappen Absage zurück.“

Anhang 3: Zu Elzbieta Adamska

Die Polin Elzbieta Adamska kam mit 18 Jahren als Zwangsarbeiterin nach Hannover. Neben der Beschäftigung in der Woll-Wäscherei und Kämmerei Döhren, genannt Döhrener Wolle, hat sie sowohl an der Technischen Hochschule (TH) Hannover (Oktober bis Dezember 1943, damaliger Name der Leibniz Universität) als auch beim Studentenwerk Hannover (Dezember 1943 bis Mai 1945) arbeiten müssen. In den überlieferten Unterlagen wird sie mit den Berufsbezeichnungen Masch.Arbeiterin, Arbeiterin (Aufräumung), Ostarbeiter [sic!], Küchenhilfe und als Verkäuferin geführt. Etliche Unterbringungsorte sind ebenso dokumentiert: Querstraße 12, Am Lindenhofe 30 und 31, Brückstraße 12, Lindenhofstraße 38, An der Christuskirche 28, Welfengarten 1 und Wilhelm-Busch-Straße 7a. Diese Adressen teilte sie sich teil- und zeitweise mit anderen Zwangsarbeiter*innen der TH.



Abbildung 1: Die Zwangsarbeiterin Elzbieta Adamska. (Foto: StadtA Hannover)

An der Technischen Hochschule Hannover war sie vermutlich nur zum Schutträumen eingesetzt, nachdem die Döhrener Wolle ebenfalls im Oktober 1943 teilzerstört worden war. Beim Studentenwerk Hannover war sie als Küchenhilfe tätig; ihre Schwester Bronislawa war ebenfalls in Hannover Zwangsarbeiterin, zeitweise arbeiteten beide Schwestern auch zusammen. Mit dem 2. Mai 1945 endete das Beschäftigungsverhältnis, doch noch in einem weiteren Punkt war dann weiterhin Hannover für Elzbieta Adamska von Bedeutung: Am 26. Mai 1945 erfolgte die Eheschließung mit Czeslaw Czechowski hier in Hannover. Das weitere Lebensschicksal konnte bislang nicht ermittelt werden.